

Ein Milliardenengeschäft mit Steuerberatern

Das Saarbrücker Software-Haus Eurodata wächst in einem Markt, der Unternehmen bei Buchhaltungsdienstleistungen unterstützt. Dabei hilft Künstliche Intelligenz.

VON LOTHAR WARSCHIED

SAARBRÜCKEN „Der Fachkräftemangel hat auch die Zunft der Steuerberater erreicht und sie müssen darauf mit automatisierten Prozessen reagieren.“ Davon ist Dirk Goldner überzeugt, Vorstand des Saarbrücker Software-Hauses Eurodata. Das Unternehmen gehört der ETL-Gruppe, nach eigenen An-



Eurodata-Chef Dirk Goldner rechnet für die Zukunft mit einem Wachstum von 15 Prozent pro Jahr.
FOTO: BECKERBREDEL

gaben Deutschlands größte Steuerberatungsgruppe. „Daher wissen wir, wo bei den Fachleuten rund um Lohnabrechnung und Finanzbuchhaltung der Schuh drückt.“ Gemeinsam strebe man an, dass Maschinen in Zukunft stupide Arbeiten wie das Überprüfen von Rechnungen, das Archivieren von Belegen oder das Erfassen von abzurechnenden Arbeitsstunden erledigen, sagte Goldner der SZ. Um dies zu erreichen, bedient sich Eurodata der OCR-Technologie, wobei OCR für „Optical Character Recogni-

tion (Optische Zeichenerkennung)“ steht. Eine Software erfasst hierbei gedruckte oder geschriebene Texte, die zuvor eingescannt wurden, kann ihren Sinn verstehen und entsprechend einordnen. Weil Eurodata für Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Lohnbüros und Anbieter von Buchhaltungsdienstleistungen arbeitet, wo Buchungsfehler fatale Folgen haben können, „haben wir ein engmaschiges Kontrollsystem eingebaut, das die Ergebnisse des maschinellen Lesens in einem mehrstufigen Prozess überprüft, bevor die Dokumente zur Buchung durch den Steuerberater freigegeben werden. Die letzte Kontrolle hat der Mensch“, erklärte der Eurodata-Chef. Um hierbei immer besser zu werden, arbeitet das Unternehmen mit dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI) in Saarbrücken zusammen. Ziel sei, „die Fehlerquote mithilfe der KI zu minimieren“.

Akzeptabel seien statistisch fünf Fehler bei 1000 Dokumenten. Angestrebt ist eine automatische Verbuchung von 13 000 Rechnungen pro Tag. Das Ganze wird in die Softwarepakete von Eurodata implementiert, mit denen das Unternehmen seit Jahren am Start ist. Allein beim Lohn werden über die Lösung „edlohn“ rund fünf Millionen Abrechnungen pro Jahr abgewickelt. „Wir sind Deutschlands Nummer eins für Cloud-Lösungen auf diesem Gebiet“, so Goldner. Darüber hinaus würden zwölf Millionen Rechnungen mithilfe des Eurodata-Pakets „edrewe“ bearbeitet, das auch das Buchen der Belege, den Jahresabschluss und die betriebliche Steuererklärung miterledigt. Ein weiteres Feld ist die Arbeitszeit-Erfassung mit der Software „edtime“ und



Der Hauptsitz des Software-Anbieters Eurodata in Saarbrücken-Güdingen.

FOTO: EURODATA

die Schicht-Planung mit „edpep“. Denn die 870 Steuerberater-Büros, an denen ETL in Deutschland die Mehrheit hält, haben neben Einzelhändlern und Handwerkern auch viele Gastronomen unter ihren 270 000 Mandanten. „Hier spielt das Planen von Schichten oder das Erfassen von Arbeitszeiten und Pausen beziehungsweise die Dokumentation darüber, dass der Mindestlohn eingehalten wird, eine große Rolle“, sagt Goldner.

Eurodata ist auch seinen Wurzeln treu geblieben. 1965 wurde das Software-Haus mit dem Ziel gegründet, eine Daten-Erfassung und -Verarbeitung für das Tankstellen-Ge-

werbe zu entwickeln. Heute heißt diese „edtas“ und sorgt dafür, dass der Tankstellen-Pächter „seine betriebswirtschaftlichen Größen wie Betriebskapital oder Liquidität jederzeit im Blick hat“, so Goldner. Das Abrechnungs- und Controlling-System „ist Teil eines vollständigen Beratungskonzepts, das exakt auf die Tankstellenbranche zugeschnitten ist“. Diese müsse mit zwei Lieferanten-Gruppen klarkommen, die sehr unterschiedlich ticken: mit den Lebensmittel-Großhändlern für den Tankstellen-Shop und der Mineralölwirtschaft für Treibstoff und Öle.

Die Daten aller Kundengruppen hinterlegt Eurodata in seinem ei-

genen Rechenzentrum in Saarbrücken. Damit seien die Unsummen an elektronischen Informationen „in Deutschland gespeichert und unterliegen damit deutschem Recht und Datenschutz“, sagte Goldner.

Die Corona-Pandemie hat auch Eurodata einiges abverlangt. Zum einen mussten das Rechenzentrum und die IT am Laufen gehalten werden, „um den Informationsfluss zwischen den Steuerberatern und ihren Mandanten nicht abbrechen zu lassen“, so Goldner. Auf der anderen Seite mussten ständig neue Verordnungen wie das Corona-Kurzarbeitsgeld oder die Hilfspakete für einzelne Branchen „zeitnah in die

Software eingepflegt werden“. Außerdem habe Eurodata sicherstellen müssen, dass sowohl die eigenen Leute als auch die Mitarbeiter der Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer „stets auf sichere Datenleitungen zugreifen konnten, wenn sie von zu Hause aus arbeiteten“. Die Eurodata-Gruppe beschäftigt an ihren Standorten im In- und Ausland rund 550 Mitarbeiter, davon 300 in der Saarbrücker Firmenzentrale. Goldner rechnet für die Zukunft mit einem Wachstum von 15 Prozent pro Jahr. Zusammen mit den Steuerberatern der ETL-Gruppe wird allein in Deutschland ein Umsatz von knapp einer Milliarde Euro erwirtschaftet.

Was gegen unerwünschte Werbeanrufe helfen kann

Das Geschäft mit aggressiven Verkaufsmaschinen am Telefon blüht. Die Verbraucherzentrale erklärt, welche Rechte bei lästigen Anrufen gelten.

VON MARKO VÖLKE

SAARBRÜCKEN Täglich werden Bürger mit Anrufen unseriöser Firmen konfrontiert. Sie geben sich etwa als „Verbraucherzentrale“ oder „Verbraucherschutzservice“ aus – in der Hoffnung, deren Ruf für ihre Abzockmethoden nutzen zu können.

Die Verbraucherzentrale des Saarlandes (VZ) erhält regelmäßig Beschwerden von Betroffenen: So berichtet etwa ein Saarländer, dass er bereits seit geraumer Zeit mehrmals in der Woche von Anrufern aus Hamburg, Stuttgart, München, Leipzig und Berlin belästigt werde, die ihm angeblich „einen Gewinn“ zukommen lassen wollten, aber ihm vorher ein Zeitungs-Abonnement anhängen und seine Kontodaten erfragen wollen.

Dazu die VZ: „Wie Kunden gegen lästige Werbeanrufe vorgehen können, hängt davon ab, ob sie vorher eine Einwilligung für den jeweiligen Werbeanruf gegeben haben.“ Diese



Gewinnspiele, Geschäftseröffnungen, Kataloge, Kabelanschlüsse: Die Liste von dubiosen Angeboten am Telefon ist lang. FOTO: KARL-JOSEF HILDENBRAND/DPA

könnte man jedoch nicht mit absoluter Sicherheit verhindern, wissen die Experten. Schon wer in einem öffentlichen Verzeichnis registriert ist, wie im Telefonbuch, müsse mit dieser Marketingform rechnen: „Bei der weitaus größten Zahl der Werbeanrufe behauptet das Unternehmen aber, der Kunde habe seine Einwilligung gegeben.“

Gegen Telefonwerbung ohne Zustimmung haben die Berater ver-

schiedene Tipps zusammengestellt. So sollten Verbraucher ihre Telefonnummer generell nur dann an Unternehmen weitergeben, wenn es für die Vertragsabwicklung zwingend nötig ist. Bei jedem Vertragsabschluss sollten Kunden zudem auf Klauseln achten, die die Nutzung ihrer Daten zu Werbezwecken erlauben sollen – und diese streichen. Solche Klauseln sind meistens mit „Datenschutz“ oder „Datenverarbeitung“

überschrieben und müssen klar vom anderen Text zu unterscheiden sein, betont die Verbraucherzentrale. Sie können zum Beispiel durch einen Rahmen oder Fettdruck besonders hervorgehoben sein. Nachträglich könnten Verbraucher Unternehmen auffordern, ihre Daten für Zwecke des Direktmarketings zu sperren.

„Gewinnspiele dienen vorwiegend der Datensammlung“, geben die Experten zu bedenken. Bei der Teilnahme an Gewinnspielen sollte daher – wenn möglich – nicht die eigene Telefonnummer angegeben werden. Oder – wenn es sich um eine Pflichtangabe handelt – der Nutzung sämtlicher Daten der eigenen Person zu Werbezwecken widersprochen werden.

Darüber hinaus könne die Bundesnetzagentur gegen die Betreiber vorgehen. Dafür ist die Behörde aber auf Hinweise angewiesen. Yvonne Schmieder von der Verbraucherzentrale: „Wir erhalten oft Beschwerden von Verbrauchern zu diesem Thema

und verweisen meist an die Bundesnetzagentur. Denn nur diese kann Rufnummern abschalten und gegen Betreiber Bußgelder verhängen.“ Um Bußgelder verhängen zu können, müssten die ungewollten Werbeanrufe aber auch dort gemeldet werden. Dafür gebe es ein Online-Formular oder die Betroffenen könnten die Bundesnetzagentur per E-Mail an rufnummernmissbrauch@bnetza.de kontaktieren. Ansonsten gelte aber immer noch, dass Verbraucher „zurückhaltend bei der Herausgabe ihrer Daten sein sollten“, so die Beraterin weiter.

Dabei gelte: Je mehr Informationen die Verbraucher über den Werbeanruf geben können, desto leichter fällt es der Bundesnetzagentur, den Fall zu prüfen. Opfer des Betrugs sollten sich sofort nach dem Werbeanruf die Uhrzeit, die Telefonnummer und was beim Telefonat beworben wird notieren.

Sollten Verbraucher jedoch bereits einem Vertrag zugestimmt haben,

werde es ein wenig komplizierter: Denn Verträge, die Kunden am Telefon abschließen, seien auch ohne nachträgliche Bestätigung gültig, so die Verbraucherschützer. Es gebe allerdings auch Ausnahmen: Etwa Verträge über die Teilnahme an Gewinnspielen und mit Lotterien, einige Verträge über Energielieferungen wie Strom und Gas sowie Verträge im Bereich Telekommunikation (Internet, Mobilfunk- oder Festnetzanschluss).

Verbraucher können telefonisch geschlossene Verträge in der Regel auch widerrufen. Die Widerrufsfrist beträgt mindestens 14 Tage. „Wurden Kunden nicht über das Widerrufsrecht informiert, so erlischt dieses spätestens nach 12 Monaten und 14 Tagen. In Zweifelsfällen ist eine Beratung der Kunden von Mitarbeitern der Verbraucherzentrale möglich.“

Produktion dieser Seite:

Frauke Scholl
Vincent Bauer

Dornseifer bleibt IHK-Präsident

SAARBRÜCKEN (SZ) Die Vollversammlung der IHK Saarland hat Hanno Dornseifer erneut zum Präsidenten gewählt. Dornseifer erhielt



VSE-Vorstand Hanno Dornseifer wurde am Montagabend von der IHK-Vollversammlung wiedergewählt. FOTO: VSE

in der konstituierenden Sitzung am Montag 64 von 65 abgegebenen Stimmen, bei einer Enthaltung. Der promovierte Jurist und VSE-Vorstand gehört dem IHK-Gremium seit 2012 an und ist seit 2017 dessen Präsident. Bestätigt wurde er nun für fünf weitere Jahre, wie die IHK mitteilte.

Stimmung in der Saar-Wirtschaft trübt sich weiter ein

Die Folgen des Ukraine-Kriegs belasten die Lage und vor allem die Perspektiven der Unternehmen, wie die IHK ermittelt hat.

SAARBRÜCKEN (jfr/SZ) Anders als im Bundestrend hat sich die Stimmung in der Saar-Wirtschaft im April erneut verschlechtert. Das signalisierten die Meldungen der Unternehmen zu ihrer Geschäftslage und zu Erwartungen für das nächste halbe Jahr, erklärte die Industrie- und Handelskammer (IHK) des Saarlandes am Montag zu ihrer jüngsten Konjunkturumfrage. Grund sei vor allem der Ukraine-Krieg mit seinen ökonomischen Auswirkungen.

Die Sorgen um Energie- und Lieferengpässe sowie Preissteigerungen verschärfen sich demnach bei den rund 300 befragten Unternehmen massiv. Der IHK-Lageindikator gab nach drei Anstiegen erstmals wieder nach, um 0,8 Punkte auf 36,1 Zähler.

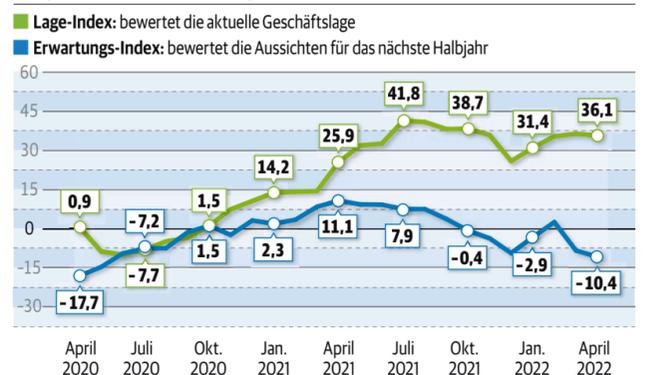
Deutlich brach dagegen der Erwartungsindikator ein, mit minus 10,4 Zählern liege er „inzwischen so tief im roten Bereich wie seit Mai 2020 nicht mehr“. Der Pessimismus bei den Geschäftsaussichten habe sich auch gegenüber März nochmals verstärkt (minus 2,4 Punkte). In erster Linie liege das an „weiterhin steigenden Geschäftsrisiken in der Saar-Industrie“.

„Die Saar-Wirtschaft steht vor einem schwierigen Sommerhalbjahr“, erklärte IHK-Hauptgeschäftsführer Frank Thomé. Während sich der Dienstleistungssektor von der Corona-Krise erhole, litten Industrie und Logistik unter den Folgen des Krieges für die Konjunktur. „Insbesondere das viel diskutierte Energieem-

bargo gegenüber Russland schwebt wie ein Damoklesschwert über der Wirtschaft“, sagte Thomé. Die Hoffnung auf schnelle Erholung nach der Pandemie habe sich verflüchtigt. „Stattdessen muss mit einer Phase der Stagnation bei gleichzeitig steigender Inflation gerechnet werden.“ Insgesamt bewerteten laut IHK 47 Prozent der Unternehmen ihre Geschäftslage mit gut, 42 Prozent mit befriedigend und elf Prozent mit schlecht. Neun Prozent rechneten derweil mit besserem, 20 Prozent mit schlechteren Geschäften. 71 Prozent erwarteten keine große Veränderung.

Bundesweit verbesserte sich die Stimmung in der Wirtschaft im April trotz des Krieges leicht, wie das Münchner Ifo-Institut berichtete.

Konjunktur im Saarland: April 2022



SZ-INFOGRAFIK/Astrid Müller, Michael Steffen, QUELLE: IHK SAARLAND